

Der Weg zur Schule der Zukunft

Dr. Ernst Rösner, Schulexperte am Institut für Schulentwicklungsforschung (TU Dortmund) über das dreigliedrige Schulsystem in NRW.

Abgelegt unter: Bildung, Schule

Das dreigliedrige Schulsystem in NRW krankt an allen Ecken und Enden. Durch die frühe Aussortierung nach der 4. Klasse bekommen zu wenige Schüler die Chance auf das Abitur. Der Bildungserfolg hängt immer noch von der sozialen Herkunft der Kinder ab. Und viele Kinder müssen durch die Schließung von Schulen in ihrem Ort mittlerweile weite Strecken zur Schule zurücklegen. CDU und FDP verwehren dem Schulsystem allerdings die nötige Frischzellenkur und ignorieren weitestgehend seine Krankenakte.

Was das für Folgen hat, erklärt der Bildungsexperte Dr. Ernst Rösner von der TU Dortmund im Interview mit der Online-Redaktion der Grünen NRW.



Interview mit Dr. Ernst Rösner

GRÜNE: *Herr Rösner, mittlerweile haben wir uns fast daran gewöhnt, dass wir beim Thema Bildung in jeder Studie miserabel abschneiden. Aussortieren nach der vierten Klasse, ein mehrgliedriges Schulsystem, das fast nur nach unten durchlässig ist, und der Schulerfolg hängt zudem oft von der sozialen Herkunft ab. Welche Konsequenzen hat unser bestehendes Schulsystem für Kinder, Eltern und LehrerInnen?*

Dr. Rösner: Die Konsequenzen liegen auf der Hand: Kinder werden ungerecht behandelt, unzureichend qualifiziert und gehen beim Übergang in die weiterführenden Schulen unnötige Versagensrisiken ein. Eltern sind gleichzeitig gehalten, um der Zukunft ihrer Kinder bestmögliche Schulen auszusuchen und leiden dabei zunehmend unter der typisch deutschen Frühauslese. Und die Lehrkräfte? Die sind inzwischen mehrheitlich der Auffassung, dass grundlegende Reformen unabdingbar sind. Mehrheitlich befürworten sie längeres gemeinsames Lernen – auch in den Sekundarschulen. Und aus Grundschulen wird mir immer häufiger berichtet, dass Lehrerinnen und Lehrer die Aufgabe der verbindlichen Schulformempfehlung höchst widerwillig übernehmen. Sie wissen, dass diese amtlich verordnete Hellseherei mit schwer wiegenden Irrtumswahrscheinlichkeiten verbunden ist.

GRÜNE: *Ein weiteres Problem sind dramatisch sinkende Schülerzahlen vor allem in ländlichen Gebieten und an Hauptschulen. Diese werden reihenweise geschlossen. Trotzdem wollen viele Politiker – v. a. von der CDU - nicht von dieser Schulform abrücken und betonen ihre starke praktische Ausrichtung. Hat die Hauptschule überhaupt eine Zukunft?*

Dr. Rösner: Kurz und schmerzhaft: Die Hauptschule ist als eigenständiger Bildungsgang so gut wie tot. Das ist in allen Bundesländern mit eigenständigen Hauptschulen der Fall. Die wesentlichen Gründe für diese Entwicklung liegen im Zusammenwirken zweier Faktoren: Sinkende Schülerzahlen (also der demografische Effekt) und unaufhaltsam wachsende Nachfrage nach Schulen mit gymnasialen Standards, also Gymnasien und Gesamtschulen. Dem können die

Hauptschulen nichts entgegensetzen – und die Realschulen auf Dauer auch nicht.

GRÜNE: *Was wären Ihrer Meinung nach Möglichkeiten, die gravierenden Probleme im Schulsystem zu beheben und an die demografischen Herausforderungen anzupassen? Halten Sie die Schule für alle für ein zukunftsfähiges Konzept?*

Dr. Rösner: Ich halte die Gemeinschaftsschule nach ihrem äußerst erfolgreichen Start in Schleswig-Holstein mit 96 Neugründungen innerhalb von drei Jahren in der Tat für ein Zukunftsmodell. Auch die Berliner Gemeinschaftsschulen entwickeln sich sehr erfreulich. Trotzdem warne ich davor, auf Standardmodelle als Alternative zu setzen. Ich kann mir an vielen Standorten zum Beispiel auch die Umwandlung von Haupt- und Realschulen in Dependancen einer Gesamtschule vorstellen. Das einzige unabdingbare Kriterium jeder neuen Angebotsform muss die überzeugende Wahrnehmung auch gymnasialer Standards sein. Das wäre nach meiner Sicht am besten in einer gemeinsamen Schule für alle Kinder zu verwirklichen.

GRÜNE: *Was entgegnen Sie denjenigen, die behaupten, dass durch Gemeinschaftsschulen die stärkeren Schüler ausgebremst und nur die Schwächeren profitieren würden und dass insgesamt das Niveau sinken würde?*

Dr. Rösner: Das Argument ist mir sehr vertraut, ich kenne es auch als Metapher vom Geleitzug, dessen Geschwindigkeit sich nach dem langsamsten Schiff richtet. Aber solche eingängigen Vergleiche verkennen die Tatsache, dass sich soziale Prozesse nicht nach Maßgabe von bildhaften Vergleichen vollziehen. Alle relevanten Forschungsergebnisse zu diesem Thema kommen zu einem klaren Befund: Wenn gemeinsames Lernen in individualisierter Form stattfindet, werden die Schläuen nicht dümmer, aber die leistungsschwachen Kinder legen in dieser anregenden Lernumgebung erheblich zu.

GRÜNE: *Nun haben einige Länder wie Hamburg unter der schwarz-grünen Koalition bereits den Tatsachen ins Auge gesehen und eine Schulreform entwickelt. Nach einer sechsjährigen Primarschule führt der Weg entweder auf das sechsstufige Gymnasium oder auf die siebenstufige Stadtteilschule. Gegen diese Pläne hat sich allerdings großer Widerstand formiert. Die Initiative „Wir wollen lernen“ versucht, per Volksbegehren die Schulreform zu kippen. Warum blockieren so viele diese Reform, obwohl alle Studien eine schnellstmögliche Neugestaltung des Schulsystems dringend empfehlen?*

Dr. Rösner: Die Hamburger Initiative „Wir wollen lernen“ stützt sich wesentlich auf das klassische Bildungsbürgertum, und es ist ihr offenbar gelungen, ihr Abschottungsprojekt gegen soziale Aufsteiger einer breiteren Öffentlichkeit als allgemeines Interesse zu verkaufen. Ich zweifle aber, ob dieser Volksentscheid gegen das einmütige Votum aller im Senat vertretenen Parteien erfolgreich sein wird. In Berlin verfolge ich eine ganz andere Tendenz: Hier bemühen sich Eltern aus bürgerlichen Schichten um die Errichtung von Gemeinschaftsschulen. Manche wechseln sogar ihren Wohnsitz, um im Einzugsbereich einer Gemeinschaftsschule bessere Aufnahmechancen für ihre Kinder zu erreichen. Zwei bezeichnende Fälle sind hier die Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule in Pankow oder die Montessori-Gemeinschaftsschule im feinen Zehlendorf. Bürgertum ist also nicht gleich Bürgertum: Die einen wollen die Statusvorteile ihrer Kinder nicht beeinträchtigt sehen, die anderen wollen bestmögliche Schulen für ihre Kinder.

GRÜNE: *Was können wir in NRW aus der Entwicklung und der Diskussion in Hamburg lernen?*

Dr. Rösner: Ich würde dazu raten, in Nordrhein-Westfalen die vierjährige Grundschule beizubehalten und ein uneingeschränktes Elternwahlrecht nach der Grundschule zu garantieren. Nach der Grundschule sollten die Eltern perspektivisch die Wahl zwischen einer Schule des

gemein-samen Lernens und dem Gymnasium haben. Wenn die Schulen des gemeinsamen Lernens durch die Politik hinreichend unterstützt werden, dürften sie auch für gymnasialorientierte Eltern eine ernsthafte Alternative zum Gymnasium werden. Also sollte die Landesregierung den Schulträgern überzeugende Angebote unterbreiten und dabei den beteiligten Schulen sehr viel Gestaltungsfreiheit bei der Entwicklung attraktiver pädagogischer Konzepte einräumen. In diesem Punkt sollte man das Engagement und die Kreativität der professionellen Pädagogen nicht unterschätzen.

GRÜNE: *Sagen Sie doch mal etwas über Wege zu neuen Schulen!*

Dr. Rösner: Ich habe gelernt: Jeder Fall ist anders. Deshalb helfen Standardlösungen nicht weiter. Wir brauchen passgenaue Angebote an jedem Ort und für jede Schule, für alle, die sich auf den Reformweg machen wollen. Deshalb ist eine gründliche Analyse der Ausgangssituation unabdingbar. Danach müssen Handlungsvorschläge erarbeitet werden, am besten in Varianten. Da ist vieles denkbar. Eine Möglichkeit ist zum Beispiel das Zusammenwachsen der Schulformen zu einer Schule für alle. Das dürfte dort auf viel Zustimmung stoßen, wo eine gemeinsame Schule gleichzeitig auch die einzige am Ort verbleibende Schule für alle Kinder ist.

GRÜNE: *Was würde passieren, wenn nichts passiert, also das Schulsystem einfach so bleibt, wie es jetzt ist und nicht reformiert würde?*

Dr. Rösner: Dann verspielen wir nicht nur die Zukunft vieler Kinder, sondern führen das Land wirtschaftspolitisch ins Abseits. Volkswirtschaftlich bringt keine Investition eine so hohe Rendite wie die in Bildung, das haben einschlägige Studien klar belegt. Dazu bedarf es aber eines langen Atems. Und den haben viele Politiker, die nur in Epochen von Wahlperioden denken, leider nicht.

GRÜNE: *Vielen Dank für das Interview!*